

Inflation: Situation für Alleinerziehende dramatisch

2025-12-22 08:16

30 Prozent der Bevölkerung sind laut einer Erhebung der Statistik Austria der Meinung, dass es uns heute schlechter als vor einem Jahr geht. Besonders für die 77.000 Alleinerziehenden in Wien wird die Situation immer dramatischer.

Vor allem zu Weihnachten wird die finanzielle Belastung für Alleinerziehende spürbar. Im Vergleich zum Vorjahr ist die finanzielle Situation bei vielen angespannter, zeigen aktuelle Erhebungen der Statistik Austria. Sozialexperte Martin Schenk unterstreicht: „Alleinerziehende mit ihren Kindern sind besonders von Armut betroffen. Jetzt durch die Kürzungen und die Teuerungen umso mehr.“

Für Alleinerziehende werde es immer schwieriger, die Miete zu zahlen oder in der letzten Woche des Monats noch Lebensmittel anzuschaffen. Ebenso stark betroffen „sind Menschen und Kinder mit Behinderungen und mit chronischen Erkrankungen – das ist eine riesige Gruppe in der Armutsbevölkerung“, so Schenk.

90 Prozent sehen Lage verschlechtert

Die Studie der Statistik Austria würde die Stimmung im Land widerspiegeln. Befragt wurden knapp 4.000 Österreicherinnen und Österreicher: Rund 90 Prozent der Bevölkerung empfinden ihre Lage als schlechter oder zumindest unverändert. Eine Verschlechterung geben vor allem Personen mit Einkommensverlusten oder geringem Einkommen an.

Zu den Hauptgründen für die finanzielle Verschlechterung zählen mit knapp 34 Prozent Lebensmittelpreise, gefolgt von höheren Wohn- und Energiekosten. Auch Jobverluste oder Unternehmenspleiten werden als Ursachen angegeben. Zwei von drei Personen fällt es schwer, am Ende des Monats Geld zur Seite zu legen.

Volkshilfe fordert Vermögenssteuer

Die Wiener Volkshilfe schlägt Alarm: Die Schere zwischen Arm und Reich werde immer größer, sagte Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger. Statt eines finanziellen Aufstiegs gebe es jetzt eher einen Abstieg. „Die Menschen sind frustriert, aber gleichzeitig auch kritisch gegenüber der Politik.“ Die Volkshilfe fordert deshalb, dass Vermögen besteuert werden sollen – denn in Österreich kommt weniger als ein Prozent der Steuern aus Vermögen.

